

Nach dem Volksbegehren

Die Eintragungen für das Eugenbergs-Volksbegehren haben mit Ach und Krach die erforderlichen 10 Prozent doch überschritten. Angelehnt der Tatsache, daß alle entscheidenden Gruppen des Finanzkapitals das Volksbegehren als „unwiderständig“ ablehnten, daß die Regierung sich ziemlich entschieden gegen die Eugenbergs-Propaganda wandte, war es grundsätzlich gegen die politischen Erfolge des Volksbegehrens zu rechnen. Dieser Erfolg liegt nicht in der Zahl der Eintragungen; ein Drittel der Wähler, der das Volksbegehren unterstützenden Parteien ist zur Eintragung gegangen, und es ist natürlich keine Demagogie. Die Zahl der durch die Regierungsmassnahmen an der Eintragung verhinderten Kleinbürger und Beamten kann nur einige Hunderttausende betragen haben, und im übrigen haben viele Maßnahmen (was den schwarzrotgoldenen Gegnern Eugenbergs sicher nicht unangenehm kam) sogar als Reklame für die sozialistische Reaktion gewirkt. Wenn von Terror die Rede ist, so hat es dem Volksbegehren unendlich mehr genützt, als geschadet; die drei Bezirke, in denen mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten sich betätigten, sind Bommern, Ostpreußen und Mecklenburg — großagrarische Gebiete, wo die Landarbeiter von den Junkern zur Eintragung gezwungen wurden. In der Provinz wurden, insbesondere in den agrarischen Gebieten Ostpreußens, das Volksbegehren nur in einigen häuslichen Gebieten, wie Schleswig-Holstein, Westfalen, wo eine starke sozialistische Bauernbewegung besteht, die notwendigen 10 Prozent erreicht, und auch die wenigen Industriezentren, die im Gegensatz zu Berlin, Hamburg, Ober-

schlesien, Nordböhmen und vor allem dem ganzen Weiten) die erforderliche Stimmenzahl erreichten (Halle, Mecklenburg, Erzgebirge-Vogtland, Thüringen, Franken), sind samt und sonders nationalsozialistische Hochburgen. Besonders trag kommt das zum Ausdruck, was man den relativ geringen Eintragungserfolg in der Hitlerhochburg Nürnberg mit dem Verlangen im übrigen Bayern vergleicht. Von den 4,1 Millionen Eintragungen steht zweifellos die Mehrheit heute im Lager des Nationalsozialismus ausgeprägtester Art. Die anderen reaktionären Gruppen haben zum „Volksbegehren“ nicht mehr beitragen können, als daß sie die von ihnen abhängigen Landarbeiter hinzuzogen. Richtig ist die Einseitigkeit als das, was sie im wesentlichen war, als einen Aufmarsch des offenen Nationalsozialismus, so wäre es grundsätzlicher die Behauptung und den Ernst dieser Demonstration, die Größe der sozialistischen Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse zu unterstreichen. Die Schwarzrotgoldenen haben durch ihren „Kampf“ gegen das Volksbegehren diese Demonstration bewußt gefördert.

Als Rundgeheule die sozialistische Diktatur, für den außerparlamentarischen Weg, wie sich die Rheinisch-Westfälische Zeitung ausdrückt, wird das Volksbegehren von seinen eigenen Freunden denn auch beurteilt. Das einzige, was sich die Deutschnationalen leisten, sind die im Verlauf der Kampagne seitens getrennten Gegenläufer zu den übrigen bürgerlichen Parteien. Graf zu Dohna schreibt in der Berliner Börsenzeitung vom 3. November, daß man seine Politik treiben dürfe, die die Parteien der bürgerlichen Mitte als „antinationale“ auslösche, und betont, daß man eines „großen und im modernen Sinne des Wortes international-beeinflußten Arbeiterblocks“ bedarfe. „Während den Nationalen, die für eine Arbeit und Parteipolitik stehen, stehen heute nur noch Vorurteile und Parteipolitik.“ Nach Koser heißt die Deutsche Tageszeitung, das Hauptorgan der deutschen Agrarier, am gleichen Tage die Frage: Man dürfe seinen „Nacht über durch das Bürgertum hindurch“ gehen, dürfe sich nicht in der bedingungslos Gefolgschaft der Nationalsozialisten begeben und dadurch der Sozialdemokratie den alleinigen Anspruch auf die Regierungsmacht überlassen. Die sozialistische Arbeit muß vorbereitet werden. — Und so läßt die Deutsche Tageszeitung bewußt den Ruf zur „Sammlung“ ergehen. Die weiß sehr genau, so sehr sie in „Opposition“ gegen den Youngplan steht, daß seine Annahme sich unangenehm aus der Gesamtpolitik der deutschen Bourgeoisie ergibt. Darum soll die Rechte sich nicht in „unfruchtbaren“ Kampfen gegen ihn erschöpfen, soll nicht einen hoffnungslosen Wettlauf des Liberalismus mit den Nationalsozialisten“ nach hinten loslassen. Aber darauf soll es ankommen.

„Dah, wie die Entscheidung über den Youngplan auch fällt, unter allen Umständen zu gleicher Zeit die innererwiegenden Fragen der nationalen Ordnung, in erster Linie einer vernünftigen Finanzreform und Völkervereinigung gelöst werden.“

Keinerlich wird das in Opposition zur Eugenbergs-Politik des Reichs mit Hitler gesagt, aber schließlich soll Eugenbergs genau dasselbe. Die Mobilisierung „gegen den Youngplan“ ist ihm, so gut wie der Widerpart, nur ein Mittel, um unter möglichst günstigen Bedingungen den

Zusammenbruch aller reaktionären Kräfte für die sozialistische Diktatur vorzubereiten zu können. In dieser Grundlinie sind auch die bürgerlichen Parteien der „Mitte“, die gegen das Volksbegehren waren, mit den Deutschnationalen einig. Der völkervereinigende Pan-nonetische Kurier führt eine furchtbare Kampagne gegen die Maßnahmen, die seitens der Vorkriegsregierung zur Verhinderung der Beamten an der Eintragung ergriffen wurden. Man will den Bloß der gesamten Reaktion schließen, wobei niemand daran denkt, die Sozialdemokratie tatsächlich auszuhebeln. Die Kölnische Zeitung betont, daß durch Mitarbeit anderer Parteien in einer Regierungskoalition auch die Sozialdemokratie wie Breitscheid im Vorwärts hervorzuheben gebunden und zu einer Politik des Ausgleichs gezwungen wird. Sie auf dieser Bahn zu halten und zu fördern, ist national. Ob man die Sozialisten oder Nationalsozialisten oder beide zur Mitarbeit in den Formen der „sozialen Opposition“ heranzieht, ist eine taktische Frage. Darauf es ankommt und was die Arbeiter angeht, des Ausgangs des Volksbegehrens verbleiben müßten. Ist die sich unter anderen künftigen sozialistische Konzentration der Kräfte der sozialistischen Reaktion.

Es gibt nur eine Kraft, die den Sieg des Nationalismus in Deutschland verhindern kann: das ist die entschlossene Führung der proletarischen Massenkräfte unter Führung der kommunistischen Partei, die Verhinderung der sozialistischen durch die Ermüpfung der proletarischen Diktatur!

Die antifaschistische Gegenbewegung

Wien, 4. November. (Anprekorr-Meldung)

Am Sonntag tagte in den Jungensgärten die erste Parteikonferenz der „Antifaschistischen Jungensgärten“, um die schon vor sich gehende Konzentration aller antifaschistischen Kräfte im Jungproletariat weiter zu entwickeln und die Grundlage zu schaffen für eine dauernde systematische Mobilisierung und Organisation der Jungarbeitermassen zum Kampf gegen den Nationalismus. Die Konferenz war ein Zeichen für die außerordentliche Kampfbereitschaft des revolutionären Jungproletariats.

70 Delegierte sowie 40 Gäste, darunter die einzelnen Parteileitungen und Staffeln entsand, darunter 21 Arbeiterinnen, Vertreter der kommunistischen Partei, des kommunistischen Jugendverbandes, sowie der nicht zu verbleibenden roten Jungarbeiter waren erschienen und überbrachten Grüße ihrer Organisationen.

Sauerbrey verhaftet

Wie aus Prag gemeldet wird, ist der nach dem Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG flüchtig gewordene Direktor der Süddeutschen Bank, Sauerbrey, verhaftet worden, als ihm eine seiner Verwandten einen falschen Pass übermitteln wollte. Sauerbrey war unter dem Namen Siegfried Berger eingereist. Gegen ihn wird der Vorwurf erhoben, aus dem Pass Unterlagen zu haben.

Ein Kieferspeicherbrand in Lübeck

III. Lübeck. Am Montagabend gegen 20.30 Uhr ist im Zentrum der Stadt Lübeck in der Feststraße ein Kieferspeicher nicht gelöscht werden konnte. In dem großen Speicher der Firma Thamm & Garls, in dem einige Mengen von Kolonialwaren, insbesondere Kaffee, lagerten, ist aus bisher noch nicht angeklärter Ursache in einem der oberen Stockwerke ein Feuer ausgebrochen, so daß die Lübecker Feuerwehreinheiten und viele freiwillige Feuerwehrleute eingreifen mußten. Von der Truppe aus wurde das Feuer von dem Dachboden der Lübecker Traube Feuerung des Feuers erloschener worden. Die gesamten Kolonialwaren, viele Maschinen und die erst vor kurzem eingerichtete Kaffeevollautomaten sind vollkommen vernichtet. Gegen 22.30 Uhr wurde der Schaden des Gebäudes mit gegenseitigen Rachen zusammen. Menschen sind glücklicherweise nicht getroffen worden.

Revolutionskundgebungen

am 7. November

- Zschachwitz**
Goldene Krone, 20 Uhr, Referent: Genosse Schrapel / Mitwirkung: „Blaue Blusen“
- Freltal**
Döhlemer Hof, 19.30 Uhr, Referent: Genosse Gabel
- Ottendorf-Okrilla**
19.30 Uhr, Referentin: Genossin Traude Holz
- Bautzen**
Drei Linden, 20 Uhr, Referent: Genosse Siegel
- Oppach**
19.30 Uhr, Referentin: Genossin Glatzer
Filmabend

Kaufland zurückzuführen und sogar es vor, in Deutschland zu bleiben. Sie führten also daselbst Wandern durch, wie der Kampf Selbstwehr in Paris, dessen verlorene Schauer-geheimnisse von der deutschen bürgerlichen Presse vor Augen schmeißend überall abgedruckt werden. Sie fanden als korrupte Elemente in den kapitalistischen Staaten ihr „eigenliches Vaterland“ wieder mit der Begründung, sie fürchteten, in Rußland durch die „Tscheka“ sofort erschossen zu werden.

Was, wie und die wertvolle Bevölkerung mit uns sind der Meinung, daß eine Regel für die Verkleinerung des Eigentums der arbeitenden Klasse unter der proletarischen Diktatur eine unerschütterliche Voraussetzung ist. Die korrupten Elemente in Deutschland zu bleiben wünschen, weil sie sich vor dem schrecklichen Arm der Arbeiterdiktatur fürchten, ist nur ein Versuch, sich der proletarischen Herrschaft zu entziehen.

Betrachtet man diese Tatsachen, so wird jedem Einseitigen auch und mehr verständlich, daß die diesjährigen Kommunalwahlen politische Demonstrationen für die Klassen im System der kapitalistischen und der sozialistischen Herrschaftsweise sind.

Mit den bürgerlichen, nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Kräften für das kapitalistische Wirtschaftssystem oder mit den Stimmen für die kommunistische Partei, für proletarische Diktatur, für die Ausrottung der Wurzel des Korruptionsbolsche, für den Sturz und für die Beilegung der bürgerlichen Kapitalherrschaft und für die Aufhebung der Herrschaft der Bourgeoisie, für die Schaffung der Grundlagen eines wirklichen sozialistischen Aufbaus durch die proletarische Diktatur — das sind die einzig richtigen Schlussfolgerungen, die die arbeitende Bevölkerung aus diesen Korruptionen ziehen muß.

Der Korruption und der Skandal, der Deutschnationalen Preußen und der Sozialdemokratischen Partei, sie sind Warnungsschilder am kommunalpolitischen Horizont für die arbeitende Bevölkerung.

Es wird höchste Zeit, daß die Empörung der wertvollen Massen ihren politischen Ausdruck findet und ein großer sozialistischer Kampf in das soziale Korruptionsgebäude fährt. Ein solcher Kampf kann werden der

Wahltag der Kommunisten in den Kommunen

KPD zur verstärkten Kampfsituation
Wien, 4. November. (Anprekorr-Meldung)

Am 2. und 3. November tagte eine außerordentliche Reichskonferenz der KPD. Die Konferenz stellte fest, daß die Lage in Österreich bereits unumkehrbar revolutionär ist und Abwehrkämpfe gegen die faschistische Diktatur sich zum Kampf um die Macht entwickelt haben. Daher billigte die Konferenz einstimmig die Ausgabe der Zeitung der Arbeiter in der Zusammenhang mit der durch die Stöckeraus Ereignisse verstärkten Kampfsituation.

In Verbindung damit führte die Reichskonferenz den letzten Kampf gegen alle offenen und versteckten opportunistischen Elemente und ihre Ausschaltung aus den Reihen der Partei. Die Reichskonferenz hat eine gründliche politische Säuberung von den opportunistischen Kräften vollzogen, um die Partei kampfbereit zu machen.

Einheitliche Kampffront gegen Faschisten

Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter geschlossen im Kampf gegen Faschismus

Dresden, den 3. November.

Die demagogische Behauptung der sozialdemokratischen Führer von der „Einheitsfront der Kommunisten mit den Faschisten“ wurde, so wie im Landtag, wo gerade die Kommunisten allein einen wirksamen Kampf gegen die Faschisten führen und die Massen zu diesem Kampf mobilisieren, so auch in der letzten Versammlung der SPD in den Blumenjahren sehr deutlich widerlegt. Dort wurden die sozialdemokratischen Führer durch die Ereignisse selbst gezwungen, gemeinsam mit den Kommunisten praktisch gegen die Hitlerbanditen zu kämpfen.

Kann der Versammlung verstanden die Faschistenbanditen die kommunistischen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter zu gehen. Aber die Hitlertruppe hatten sich verhalten. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Proleten bedrängten die Faschisten gemeinsam mit den Russen.

„Nieder mit den Faschisten! Es lebe der rote Frontkämpferbund!“

Auch die SPD 2. November haben schon begriffen.

was die SPD-Bürokratie den Faschisten für einen Dienst erwies durch das Verbot des KFD, um so die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu lähmen. Die Polizei-Kübeln vergrößerte aus lauter „Unparteilichkeit“ die kommunistischen und sozialdemokratischen Proleten, während die Faschisten sich unbedeutend blieben. Die Heise des Herrn Rösch gegen die Kommunisten in der Versammlung, um von den Verbänden der SPD abzulernen, blieb praktisch unwirksam, denn auch die SPD-Arbeiter verstanden, daß sie nur gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Hitlertruppe erfolgreich zu kämpfen vermögen. Ein Mann wie die Faschisten „Deutschland, erwache“, „Was ist die KPD?“ in dieser sozialdemokratischen Versammlung ist Beweis genug, daß die Bewegung gegen den Nationalismus wächst.

Es gilt jetzt die Organisation der Arbeiter zum Kampf gegen die faschistische Vandalenkräfte der Truppenkapitalisten zu verstärken, in allen Betrieben Gruppen antifaschistischer Organisationen zu schaffen.

Sozialdemokratische Kapitulation in Stoderau

Mit aller Kraft versucht die österreichische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie den Kampf der Stoderauer Arbeiter gegen Einleitung von Betriebsratswahlen abzumauern. Ihr erstes Verbot war darauf gerichtet, den Kampf seines politischen Charakters zu entkleiden und auf ein rein gewerkschaftliches Gebiet zu ziehen, deshalb wählte man alle proletarischen Demonstrationen gegen die aufmarschierenden Heimwehren ab und beschränkte sich, als der Unternehmerverband die Auslieferung der mit den Heimwehren nicht zusammenarbeitenden Arbeiter belohnte, auf allgemeine gewerkschaftliche „Solidaritätserklärungen“. Am 2. November nahmen der Metallarbeiterverband angesichts der schon vorhergehenden Auslieferung eine Resolution an, in der er ausdrücklich verlangt:

„Dah die ständige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit mit stonemischen, die politische Auseinandersetzung mit politischen Mitteln, beide auf dem Boden der Demokratie, entschieden werden.“

Diese Erklärung bedeutet einerseits eine Zurückweisung des Heimschens des politischen Massenstreiks gegen den Nationalismus — während, um die Verwirrung der Arbeiterklasse soll zu machen, ein Redner auf dem Kongress erklärte, daß die Arbeiterklasse sich im Falle eines Staatsstreiks der Heimwehren nicht „auf der Straße“ führen können, sondern „in den Betrieben kämpfen“. Mit der einen Hand lehnt man also den politischen Massenstreik, mit der anderen den bewaffneten Kampf ab, um die Arbeiter widerstandslos dem Nationalismus preiszugeben. Für den fortschrittlichen Kampf in Stoderau bedeutet diese Entscheidung bereits die Ablehnung jedes „politischen“ Kampfmittels in dieser „stonemischen“ Auseinandersetzung.

Die ideologische Kapitulation vor dem Nationalismus bildet die Einleitung der praktischen Abwägung des Kampfes. Die „Arbeiterzeitung“ vom 3. November behauptet, daß schon über den Heimwehren die „Vorzeichen“ des Scheiterns der schweren wirtschaftlichen Schäden“, den die von der Auslieferung betroffenen Arbeiter erleiden hat und den durch das Eingreifen der Heimwehren entstandenen „Nerzern“. Im im Interesse der „Masse“ möglichst rasch zu beenden, ist höchstes Ziel der österreichischen Sozialdemokratie. Nach der Erklärung

der christlichen Gewerkschaften, wonach die Stoderauer Heimwehren in den christlichen Gewerkschaften organisiert seien, antwortete man bereits mit Erklärungen und Bedauern über die Unmöglichkeit in allen Fällen Heimwehren und christliche Gewerkschaften zu unterscheiden, und betont ferner, daß man natürlich nicht daran denke, die christlichen Gewerkschaften politisch in der Heimwehr organisiert sind) aus den Betrieben zu drängen. Und schon liegen Meldungen über eine bevorstehende Verhängung des Metallarbeiterverbandes mit den Unternehmern vor, über die das „Berliner Tageblatt“ am 4. November meldet:

„Da die 4 Heimwehren, um die der Streit in der Fabrik geht, der christlich-sozialen Gewerkschaft angehören, dürfen die sozialistischen Arbeiter gegen die Einstellung dieser Heimwehren nichts mehr einwenden.“

Natürlich — wie könnte man auch im Betriebe, auf „ökonomischem“ Boden, einen politischen Kampf führen? Das dürfen nur die Unternehmer in letzter Instanz, die alle Arbeiter, die den Streit zur Heimwehr verweigern, aus dem Betriebe entlassen. Die Richtung der Sozialdemokratie ist es, in Österreich und überall sonst die Arbeiter dem Nationalismus gebunden ans Werk zu liefern. Aber eine andere Frage ist es, ob die Arbeiter in Stoderau und überall sonst sich so ohne weiteres werden binden lassen.

Scharfe Rechtschwengung der Sozialdemokratie in der Schweiz

Basel, den 4. November 1929

Der Zentralvorstand der Arbeiterpartei beschloß mit harter Mehrheit, den freigesetzten Ein im Bundesrat der Sozialdemokratie zu überlassen. Gleichzeitig sprach sich der sozialdemokratische Parteivorstand ebenfalls für die Beteiligung am Bundesrat aus. Damit hat die Schweizerische Sozialistische Partei eine scharfe Rechtschwengung vorgenommen. Die Richtung der Partei eine scharfe, nachdem die Leitung des Generalrats Bundesrat als die Beteiligung der Sozialistischen Partei am Bundesrat als unwahrscheinlich angesehen hatte. Der sozialistische Parteitag findet am 30. November statt.